

Bezugspreis:

Stettin Nr. 30. - M. monatl. 10. - M. frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezug: Monatlich 10. - M. einzahl. zu

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk und Welt“ ist für das

Telegraphisch: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3

Donnerstag, den 9. Juni 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Churchill für Versöhnung.

Manchester, 8. Juni. (Reuter.) Churchill erklärte in einer Rede, die einzige Bürgschaft für einen dauernden Frieden beruhe in der Erreichung einer Zusammenarbeit zwischen Großbritannien, Frankreich und Deutschland.

aufrichtiger Friede zwischen Großbritannien, Frankreich und Deutschland

befehlen! (Beifall.) Es muß ein wirkliches Zusammenarbeiten zwischen diesen mächtigen Nationen stattfinden, um auf den Trümmern des Krieges wieder aufzubauen und die rühmliche Einigkeit Europas wiederherzustellen.

Hilfe Englands und der Vereinigten Staaten

erhalten würde, hat diese Versicherung nicht erhalten, und nun ist natürlich jedes französische Herz in Sorge über das, was, wenn auch nicht in 10, so doch in 20 oder 30 Jahren geschehen mag.

Es ist dies eine völlig verständliche Sorge, die die französische Politik in Schlesien und anderwärts in Bahnen führt, die zu einigen Meinungsverschiedenheiten zwischen uns und dem ritterlichen, heroischen und treuen Volk Frankreichs geführt haben.

die Erbitterung zwischen dem französischen und dem deutschen Volk zu mildern.

Frankreich jenes Gefühl der Sicherheit zu geben, das ihm zur Ruhe verhilft und Deutschland das Gefühl, gerecht behandelt zu werden, wodurch es ihm ermöglicht werden wird, die ungestümen Gewalten zu beherrschen, die noch in seinem Innern lauern.

In seiner Rede in Manchester erklärte Churchill noch, die Vereinigten Staaten seien die größte Gläubiger-nation, Deutschland die größte Schuld-nation geworden. Während Deutschland den alliierten Nationen an Reparationen Laufende von Millionen Pfund Sterling schulde, seien die Gläubiger-nationen infolge der internationalen Währungen ihren Ausfuhrhandel sehr vermindert.

Einfuhr großer Mengen deutscher Waren

nach England würde jedoch zweifellos einen niederdrückenden Einfluß auf die englische Industrie ausüben, was den englischen Ausfuhrhandel ernstlich schädigen würde.

Churchill erklärte weiter: Deutschland, die größte Schuld-nation, lasse seine unterernährte Arbeiterschaft, um Kriegsschuldungen zu bezahlen, Überstunden machen, indem es seine fertigen Waren ausführe.

dauert, um so größer würde die industrielle Führerschaft Deutschlands werden auf Kosten der Lebens- und Arbeitsbedingungen der industriellen Bevölkerung Englands.

Zum Schluß erklärte Churchill, über die gegenwärtigen Beziehungen der Mächte sprechend, es sei zwecklos, sein Vertrauen auf einen papierernen Völkerbund zu setzen.

Einwohnerwehrfrage und Vorkonferenz.

Paris, 9. Juni. (WIB.) Die Vorkonferenz hat sich in der Mittwoch vormittag abgehaltenen Sitzung mit verschiedenen Fragen über die Anwendung der Friedensverträge, insbesondere mit der Frage der Entwaffnung und Auflösung der bayerischen Einwohnerwehren beschäftigt.

Beschränkungen im Flugzeugbau.

Paris, 9. Juni. (WIB.) Ueber die gestrige Vorkonferenz bringen „Echo de Paris“ und „Chicago Tribune“ nähere Einzelheiten. Die Konferenz beschäftigte sich darnach mit der Frage der Entwaffnung Deutschlands und insbesondere mit der Auflösung der deutschen Einwohnerwehren.

Die Konferenz wandte sich dann der Frage der Ueberwachung der deutschen Zivilluftschiffahrt zu, und es ist, wie die „Chicago Tribune“ sagt, zu erwarten, daß über diesen Gegenstand auf der nächsten Konferenz in Boulogne gesprochen werden wird.

- 1. Eine internationalisierte Luftschiffahrts-Kontrollkommission soll regelmäßig die deutschen Flugzeugfabriken inspizieren. Sie soll die Zahl der hergestellten Luftschiffe und ihre Größe feststellen. 2. Die deutschen Zivilluftschiff-Fahrzeuge sollen eine beschränkte Größe haben, so daß sie nur in einem Maße belastet werden können, daß man sie nicht in Kriegsluftschiff-Fahrzeuge umwandeln könnte, die imstande wären, eine größere Bombenlast zu befördern. 3. Die deutschen Luftfahrzeuge sollen bezüglich der Anzahl ihrer PS. soweit reduziert werden, daß sie nur ein bestimmtes Gewicht zu tragen vermögen.

Die Entlassung der Sanktionsarmee.

Paris, 9. Juni. (WIB.) Der Kriegsminister hat nunmehr entschieden, daß alle Mobilisierten der Jahresklasse 1919 aus dem Rheinlande entlassen werden müssen, die folgende Bedingungen erfüllen: 1. daß sie schon einmal an einer Operation außerhalb Frankreichs oder im Volksabstimmungsgebiet teilgenommen haben; 2. daß ihr Vater oder zwei ihrer Brüder im Kriege gefallen oder an Verletzungen gestorben sind; 3. sollen alle diejenigen Soldaten in die Heimat entlassen werden, deren Brüder unter Waffen stehen.

Stuarts Bericht.

Paris, 9. Juni. (Havas.) Der Meinungs-austausch zwischen der englischen und der französischen Regierung in der oberschlesischen Frage dauert an. Das „Foreign office“ hat gestern dem Quai d'Orsay eine amtliche Mitteilung zugehen lassen, die den ersten Bericht des neuen britischen Bevollmächtigten Sir Harold Stuart enthält.

Der deutsche Botschafter in London, Dr. Siebamer, hat sich zu kurzem Aufenthalt nach dem Haag begeben, wo er mit dem Reichsminister des Auswärtigen, Dr. Rosen, zusammenzutreffen gedenkt.

Arbeiter im Aufsichtsrat.

Der Vorstoß, den die Arbeitgebergruppe des Reichswirtschaftsrates gestern unternommen hat, um die Stellung der Betriebsratsvertreter im Aufsichtsrat zur Vorschaukontrolle herabzubrüken, bildet ein interessantes Kapitel in der Geschichte deutscher Klassenkämpfe.

Wir stehen hier am Anfang einer neuen Entwicklung, als deren Endziel wir bezeichnen möchten: Ueberwindung des Gegensatzes zwischen den Körperlich und den geistig Arbeitenden, Herstellung eines Verhältnisses der Solidarität zwischen ihnen zur Förderung aller Interessen der lebendigen Arbeiter und zur Ausschaltung aller Interessen des toten Besitzes.

Die Arbeiter müssen begreifen, daß mit der mechanisch rohen Erzeugung der Produktionsmittel durch sogenannte „Betriebsabteilungen“ nichts erreicht wird, daß mit solchen Gewalterperimenten nichts bewiesen wird als die bedauerliche geistige Unreife eines Teils der Arbeiterschaft, daß die Herrschaft über die Wirtschaft in erster Linie ein Akt der geistigen Eroberung ist.

Die Arbeiterbewegung hat eine Unzahl wertvoller Kräfte hervorgebracht, wie ja überhaupt die breite Masse des Volkes der ewige Urquell ist, aus dem sich die wirkliche geistige Führerschaft der Nation ständig ergötzt.

Ganz anders aber als in der Politik war — wenn man von den verhältnismäßig geringen, rühmlichen Ausnahmen des Genossenschaftswesens abseht — der Gang der Dinge in der Wirtschaft. Die in Folge ihrer stärkeren wirtschaftlichen Begabung aus dem Arbeiterstand aufsteigenden Personen wurden fast durchweg Bourgeois und Klassenfeinde des Proletariats.

Die Arbeiterschaft verstand es, die sich aus ihr entwickelnden politischen Talente in ihren Reihen festzuhalten, trotz freilich auch der reaktionäre Druck der alten Zeit, der gleichsam wie ein Stauwerk wirkte, das seine Belagerungen hat.

Dazu kam der vom Unternehmertum sorgfältig wachgehaltene Gegensatz zwischen Arbeiter und Angestellten, den Proletariats in der Masse und denen mit dem Stehroten. Die Angestellten fühlten sich als eine besondere Klasse, die eine Zwischenstellung zwischen der Arbeiterschaft und dem Unternehmertum einnahm.

Alle diese Umstände führten dazu, daß die Arbeiterklasse, während sie mit steigendem Erfolg um die Eroberung der politischen Macht kämpfte, in einem Zustand der geistigen Absperrung gegenüber der Wirtschaft geriet.

Seht kündigt der Eintritt der Betriebsratsvertreter in die Aufsichtsräte der großen Unternehmungen als gleichberechtigte Mitglieder den Beginn einer neuen Epoche an. Arbeiter und Angestellte sind inzwischen in gemeinsamer Kampfstellung gegen den Kapitalismus einander näher gerückt, die Schranke, die die Arbeiterschaft an dem Eindringen in die Geheimnisse der Wirtschaftsführung hinderte, ist damit an zwei Stellen zugleich durchbrochen.

früheren Periode der Kapitalismus als traffe Utopie betrachtet worden wäre.

Die Arbeiterklasse muß nun aus sich heraus die Kräfte entwickeln, die fähig sind, die ihnen gestellten neuen Aufgaben zu lösen, ohne dabei den dauernden Zusammenhang mit ihrer Klasse zu verlieren. Das kann nicht von heute auf morgen geschehen, aber wenn sich dieser Prozeß vollzogen hat, dann wird sich auch durch ihn das ganze Bild unseres Wirtschaftsaufbaus entscheidend verändert haben. Wieder kommt auf einem neuen Gebiet des Klassenkampfes das Wort des alten Wilhelm Liebknecht zur Geltung: „Wissen ist Macht, Macht ist Wissen!“

In diesem Zusammenhang wird auch ganz klar, warum die Arbeitgeber im Reichswirtschaftsrat die Stellung der Betriebsräte im Aufsichtsrat auf die bloße „Wahrnehmung von Arbeiterinteressen“ beschränken wollten. Sie erkennen die große grundsätzliche Bedeutung des Schrittes, den der Betriebsrat über das Aufgabengebiet eines „Arbeiterschusses“ alten Stils hinaus tut. Gegen Rutsch gibt es „Schupo“ und „Orgefa“, gegen das legalisierte geistige Eindringen der Arbeiterklasse in die Wirtschaft läßt aber keine Polizei.

Die Vernichtung des ganzen kapitalistischen Systems und seine Ersetzung durch ein sozialistisches mit einem Schlage ist unmöglich. Der Versuch ist in Rußland gescheitert, er muß in anderen wirtschaftlich höher entwickelten Ländern noch schlimmer scheitern. Der Eintritt der Arbeitervertreter in den Aufsichtsrat als gleichberechtigte Mitglieder ist auch nur der Anfang, nicht der Abschluß einer Entwicklung, unter den Mitteln, die Lage der Arbeiterklasse zu heben, ist er nur eines von vielen, er ist kein Allheilmittel, das gibt es überhaupt nicht. Die Not der Arbeiter, die auf dem kapitalistischen System beruht und die durch dessen politische Auswirkung, den Weltkrieg, vielfach verschärft wurde, wird damit nicht beseitigt. Aber ein neuer Weg des Aufstiegs öffnet sich, ihn entschlossen betreten zu haben um des Zieles willen, zu dem er führt, muß der Stolz und die Benützung dieser Generation sein.

### Kombinationen.

Die Erörterungen über die Regierungsombildung in Preußen gehen weiter, und bezeichnenderweise wird mit ihnen in den Organen der Rechtspreffe eine Diskussion über die angebliche Notwendigkeit einer Kabinetterweiterung im Reich verbunden. Hierbei geben sich die Vertreter des reaktionären Bürgerturns den Anschein, als ob das Kabinett Birtch ein völlig unfertiges Provisorium sei, das erst in dem Augenblick als aktionsfähig betrachtet werden könne, in welchem — die Deutsche Volkspartei ihren Eintritt vollzogen habe.

Zur Frage der Regierungsombildung in Preußen macht die „Germania“ in ihrer heutigen Morgenausgabe Ausführungen, die eine unverkennbare Spitze gegen den preußischen Ministerpräsidenten Stegerwald enthalten. Während dieser, der sich bekanntlich stolz als „der Minister aus Troh“ bezeichnet, der Ueberzeugung zu sein scheint, daß alles in Preußen, so wie es ist, gut sei, schreibt die „Germania“:

„Daß das Kabinett Stegerwald, dessen politische Basis nur aus zwei Parteien, dem Zentrum und den Demokraten, besteht, irgendwann und irgendwie einmal eine Umgestaltung werden erfahren müssen, das ist ein Gedanke, dessen Berechtigung nicht von der Hand zu weisen war, daß namentlich nach den jüngsten einschneidenden außenpolitischen Ereignissen auch in Preußen, dem größten Lande des Deutschen Reiches, eine stabilere Tragfläche für die in Zukunft zu lassenden Entscheidungen und zu erledigenden Staatsgeschäfte nicht unerwünscht sei und darum nach einer praktischen Lösung gesucht werden müsse, liegt offen und entspricht, wie bekannt sein dürfte, auch den Absichten des Ministerpräsidenten Stegerwald selbst.“

Die „Germania“ wird es uns nicht verübeln, wenn wir den letzten Worten dieser Ausführungen keinen Glauben schenken. Die — gelinde gesagt — dilatorische Behandlung der Regierungsombildung in Preußen durch Stegerwald läßt vielmehr eher auf den entgegengesetzten Willen des Ministerpräsidenten schließen.

### Die Mystik des Atmens.

Der Atem, das Zeichen für das Leben des Menschen, genießt bei allen Naturvölkern besondere Verehrung und wird vielfach für den Sitz der Seele gehalten. Die Inder haben diese Lehre besonders eingehend und tiefinnig ausgebildet. Das Wort „Atman“, das Atem und zugleich Seele bedeutet, ist in den Upanishaden, den heiligen Büchern der indischen Religion, mit dem „Brahman“, dem Begriff für das höchste Wesen, gleichgesetzt, und diese Auffassung des Atmens hat auch zu einer andächtigen Beachtung dieser wichtigen Tätigkeit geführt. Der Inder versteht meisterhaft eine bestimmte „Atmtechnik“ auszuüben. Aber während der aufgeklärte Europäer im Westen nur eine „Sauerstoff-Frage“ sieht, ist es für den indischen Weisen eine mystische Kunst, durch die er stärkere Konzentration der geistigen Kräfte, Selbstzucht, Glück und sogar Stillschick erlangt.

Diese Mystik tritt uns entgegen in einzelnen wichtigen Stellen der Brahmanas und Upanishaden. Die Gottheit des Atmens ist verkörpert in dem „Prana“, dem „Hauch“, dem Herrn des Atms. Die Upanishaden schildern den Weistreit zwischen dem Hauch und den übrigen Sinnesorganen und verherrlichen den Sieg, den er über sie alle erringt. Sie alle können nämlich fehlen, ohne daß der Mensch tot ist; nur wenn der Hauch fehlt, ist auch sein Leben zu Ende. Die Sinnesorgane, heißt es in diesem Athos, „gingen zu Vater Prapsati und sprachen: ‚Heiliger, wer von uns ist der Beste?‘ Er sprach zu ihnen: ‚Der, der dessen Auszug der Körper sich am übelsten zu befinden scheint.‘ Die Stimme zog nun aus. Sie blieb ein Jahr abwesend, kehrte wieder und sprach: ‚Wie konntet ihr ohne mich leben?‘ „So wie die Stammen nicht reden, aber durch den Hauch atmen, mit dem Auge sehen, mit dem Ohr hören, mit dem Verstand denken.“ Die Stimme zog wieder in ihn ein. Das Gesicht zog aus. Es blieb ein Jahr abwesend, kehrte wieder und sprach: ‚Wie konntet ihr ohne mich leben?‘ „So wie Blinde nicht sehen, aber durch ihren Hauch atmen, mit der Stimme reden, mit dem Ohr hören, mit dem Verstande denken.“ Das Gesicht zog wieder ein. In derselben Weise ziehen Gehör und Verstand aus und wieder ein. „Da wollte der Hauch ausziehen, und so wie ein gutes Ross die Fesseln seiner Fußfessel herausreißt, so riß er die andern mit heraus. Da kamen alle zu ihm und sprachen: ‚Heiliger, komm! Du bist der Trefflichste von uns; zieh nicht aus!‘

Die hygienische Bedeutung einer guten Atemtechnik ist auch von unserer modernen Medizin anerkannt worden, so daß die indische „Mystik des Atmens“, was ihre praktische Anwendung anbetrifft, Beachtung verdient. Wenn wir uns auch kaum der Hoffnung hingeben können, daß eine rationelle Regulierung dieser Art von Stoffwechsel uns glücklicher und besser machen, uns das große Das oder die ewige Seligkeit beschoren werde, so unterliegt es doch keinem Zweifel, daß ausgiebiges, tiefes Atmen eine Art Massage der inneren Organe hervorruft und auf das Nervensystem beruhigend einwirkt. Die Muskeln der Atmungsorgane werden zu ihrer höchsten Stärke ausgebildet, und es kann auf diese Weise tatsächlich die gesamte Lebenskraft erhöht werden.

Die „Germania“ hält es für richtig, die Behauptung, die Sozialdemokratie „liebäugle“ mit der U.S.P., sich zu eigen zu machen; dies geschieht jedoch in einer diplomatischen Form, die erkennen läßt, daß das Zentrum nicht ganz abgeneigt wäre, zusammen mit den Unabhängigen eine erweiterte Regierungsbasis zu schaffen. Um so mehr wächst also die Verantwortung, die bei den künftigen Verhandlungen auf den Vertretern der U.S.P. im Landtag lastet. Ganz entschieden muß der Auffassung der „Germania“ widersprochen werden, als erhebe die Sozialdemokratie aus „Willen zur Macht“ nunmehr den Ruf nach Homogenität zwischen Reichs- und Landesregierung, den sie bisher bei den bürgerlichen Parteien, insbesondere bei der Deutschen Volkspartei, nicht habe gelten lassen wollen. Diese Auffassung bedeutet eine Umdeutung der Tatsachen. Wenn die Sozialdemokratie mit allem Nachdruck eine Neubildung der preußischen Regierung unter Zugrundelegung der Reichsverhältnisse fordert, so lediglich aus der demokratisch-parlamentarischen Erwägung heraus, daß es der gegenwärtigen preußischen Regierung an jeder parlamentarischen Basis fehlt, wie ja auch die „Germania“ selbst zugeben mußte. Es ist also keine überraschende „Elastizität“, die diesen scheinbaren Stellungswechsel begründete, sondern es sind die völlig geänderten Voraussetzungen innenpolitischer und vor allem außenpolitischer Natur, die für die Sozialdemokratie allein entscheidend sind.

Das Organ der Deutschen Volkspartei, die „National-liberale Korrespondenz“, führt den Kampf gegen einen Eintritt der Sozialdemokratie in die preußische Regierung und für die Beteiligung der Deutschen Volkspartei in einer Weise, für die man der Sozialdemokratie gegenüber in den gleichen Kreisen das schöne Wort von der „Guttertrippenpolitik“ geprägt hatte. Das Ideal einer Regierung im Reich und in Preußen wäre für die „National-liberale Korrespondenz“ dies, die Sozialdemokratie in Preußen auch in Zukunft auszuschalten und dafür die Deutsche Volkspartei wirken zu lassen, während man auf deutschvölkparteilicher Seite offenbar nicht ganz abgeneigt ist, es im Reich gemeinsam mit der Sozialdemokratie zu versuchen. Die scharfe Kampfanlage der Deutschen Volkspartei an die Steuerpolitik des Reichskanzlers und Finanzministers Dr. Birtch zeigt jedoch mit erfreulicher Deutlichkeit, daß für ein Zusammengehen zwischen beiden Parteien keine gemeinsame Voraussetzung geschaffen ist. Die Deutsche Volkspartei führt sich nach wie vor als Vertreterin der bestehenden Klassen, des rechtsstehenden Bürgertums und sieht ihre vornehmste Aufgabe darin, diese Schichten möglichst vor jedem Steuerzugriff des Reiches zu entlasten und die notwendigen Abgaben auf die breiten Massen des wertvollen Volkes abzuwälzen. Schon dieser eine Punkt genügt, um die Sozialdemokratie in eine scharfe Kampfstellung gegen die ehemals Nationalliberalen zu treiben, und es bedarf kaum noch eines Hinweises auf die Verfassungsfeindschaft und die monarchistische Gesinnung dieser Partei, um den Kurs der Sozialdemokratie im Reich wie in Preußen unzweideutig festzulegen.

### Münchener Knüppelhelden.

Zu dem schamlosen Ueberfall auf den bayerischen Landtags-abgeordneten Genossen Dr. Saenger in München in der Nacht vom 2. auf den 3. Juni erfahren wir eine Reihe von Einzelheiten, die auf die bayerischen Kulturzustände unter dem System Kahr ein äußerst bedauerliches Licht werfen und darüber hinaus wertvollen Aufschluß geben, wie es in Wirklichkeit um die „Ordnung“ im Musterland Bayern bestellt ist.

Bis zum 6. Juni, dem Zeitpunkt, an dem die Mitteilungen aus München, die hier veripstet eintreffen, an uns abgefordert wurden, hielt es kein Organ der Staatsanwaltschaft für notwendig, sich mit dem überfallenen Abgeordneten Saenger zwecks Aufklärung der Angelegenheit in Verbindung zu setzen. Die Publikationen der Polizei beschränken sich auf die Feststellung, daß der Ueberfall hundert Meter von einer Polizeipatrouille des 7. Bezirks stattfand, welche keine Veranlassung habe, im 6. Bezirk nach dem Rechten zu sehen! Es scheint, daß der Bureaunkratismus, der unter dem alten

System in Preußen wahre Orgien feierte, nunmehr seinen Sitz in München aufgeschlagen hat.

Der Ueberfall auf Genossen Saenger wurde nicht von einem einzelnen Fanatiker ausgeführt, sondern von einem wohlorganisierten Trupp führender Persönlichkeiten der „national-sozialistischen Arbeiterpartei“, einer verschobenen Organisation von Nationalisten, die unter dem Deckmantel sozialer Bestrebungen Eingang bei der Arbeiterklasse zu finden suchen und bei denen sich Männer vom Schlage eines Luderdorff mit wildesten WPDisten harmonisch zusammenfinden. Dieser Trupp folgte in einer Stärke von 20 bis 30 Mann dem Genossen Saenger vom Zentrum der Stadt aus in ein entlegenes Stadtviertel und umstellte den Taktort in welchem Bogen. Die von privater Seite bisher angestellten Recherchen ergaben, daß innerhalb dieser Organisation für derartige Ueberfälle genaue Abmachungen getroffen sind und daß politisch mißliebige Persönlichkeiten in ihren täglichen Lebensgewohnheiten genau beobachtet werden, um sie gegebenenfalls der Strafenjustiz zu überliefern. Auch für die ehrenvolle Tätigkeit der Beschmutzung öffentlicher Gebäude mit Hakenkreuzen usw. sind eigene Organisationen geschaffen. Daß der „Miesbacher Anzeiger“, das saubere Organ des Dichters Ludwig Thoma, die Schandtat mit den Worten begründete: „Der Saenger hat Prügel gekriegt. Endlich! Gott sei Dank!“ bedarf kaum besonderer Erwähnung.

Die Münchener Arbeiterklasse hat im ehrlichen Zorn über diese bayerische Kulturverschand für die kommende Woche eine große Protestversammlung einberufen, um dem System Kahr zu zeigen, daß ihre Geduld endlich erschöpft ist. Wir fordern, daß in Bayern nicht nur die Einwohnerwehren aufgelöst werden, sondern daß endlich auch die „Volksgerichte“ beseitigt werden und damit die Voraussetzungen für eine Schandjustiz fallen, wie sie in Bayern unter der Ordnungsregierung Kahr an der Tagesordnung ist.

### Die Krise der KPD.

Der Prozeß gegen den Vorsitzenden der KPD, Brandier, hat mit ebenso überraschender wie erfreulicher Deutlichkeit den Zerlegungsprozeß bei den Kommunisten gezeigt. Während die „Rote Fahne“ dies natürlich nicht zugeben will, und wie wir von vornherein vorausgesetzt haben, unser Urteil über den Brandier-Prozeß als „menschenwürdigen Entstellungen“ zu brandmarken sucht, findet unsere Auffassung von einer Seite Unterstützung, von der wir sie am wenigsten erwartet hätten, die uns aber um so sympathischer ist, als ihre Autorität auch von der „Roten Fahne“ nicht in Zweifel gezogen werden dürfte. In der „Internationale“ untersucht nämlich Karl Kadel, führendes Mitglied des Zentralkomitees der 3. Internationale, die Ursachen der „Krisis in der deutschen kommunistischen Partei“, und schon die ersten Worte, mit denen er seine Ausführungen einleitet, enthalten einen schweren Schlag gegen die Behauptungen der deutschen Kommunisten. Kadel schreibt: „Die deutsche kommunistische Partei machte während der Märzbewegung viele Fehler“, und als hauptsächlichsten Fehler bezeichnet er den „unerwarteten und ungestümen Uebergang von der Propaganda und Agitation zum aktiven Kampf“.

Weiter tadelt Kadel, die KPD, habe von einer Offensive gesprochen und hierdurch den Eindruck erweckt, daß die Bewegung künstlich von den Kommunisten hervorgerufen sei. Auch hierin können wir Kadel nur zustimmen, und wenn die „Rote Fahne“ in einer Polemik gegen unsern Beiratsartikel von gestern Abend die alte Lüge aufwirft, die Märzaktion sei durch den damaligen preußischen Innenminister Genossen Saenger und den sächsischen Oberpräsidenten Genossen Hering provoziert worden, so genügt demgegenüber wohl ein Hinweis auf das seinerzeit vom „Vorwärts“ veröffentlichte kommunistische „Material III“, um die Haltlosigkeit dieser neuauftretenden Verleumdung einwandfrei darzutun. Dort wurde nämlich, wie auch der „Rote Fahne“ noch in Erinnerung sein dürfte, die Behauptung, der Mitteldeutsche Aufstand sei durch Hering provoziert worden, als Märchen abgetan. Die „Rote Fahne“ versteht es vortrefflich, schlechtes Gedächtnis vorzutäuschen, wenn hierdurch eine tatsächliche Feststellung aus der Welt geschafft werden soll. Ihr Gedächtnis scheint jedoch so schwach geworden zu sein, daß sie die erst vor wenigen Tagen von Brandier in seinem Prozeß vorgebrachte und von uns gestern Abend zitierte Keuherung verschweigt, der Kommunismus könne erst dann

Wiedergebade veröffentlicht. In der Hast des Geschäftslebens ist es dazu gekommen, daß sich unsere Handchrift in einem Zustand der Degeneration befindet. Man braucht bloß einmal die Zahlen anzusehen, die Kaufleute neben ein Telefon kriechen. Nur in England hat der Aufschwung der Buchdruck- und Schriftkunst seit Morris dazu geführt, daß dort die Zahlen architektonisch einwandfrei geschrieben und aufgereiht werden.

Für die Schulung zu klarer Linienführung und Verteilung der Zahlen ist übrigens auch das Zahlenbild der Briefmarken wichtig; z. B. könnte die einem astronomischen Zeichen fast gleichkommende schöne 5 der neuen Geigerischen Briefmarke da viel Gutes für unser Adressensreiben wirken.

Kein staatliches Kunstverpöcht. Wie wir berichteten, waren Bestrebungen im Gange, ein staatliches Kunstverpöcht zu schaffen, das auch dazu mitwirken sollte, deutscher Kunst Erfolg im Auslande zu schaffen, das aber vor allem für die deutsche Kunstausfuhr eine Zentralestelle geworden wäre. Bis jetzt fehlten nun die Mittel, und es ist nicht gelungen, auch eine finanzielle Unterstützung des Staates für ein solches Amt zu erhalten.

Einfließen in England. Wie die Londoner Blätter melden, wird der gestern aus den Vereinigten Staaten in Liverpool eingetroffene Professor Einfließen am Freitag mit Lloyd George und dem Erzbischof von Canterbury zusammentreffen und darau eine Vorlesung halten, bei der Lord Haldane den Vorsitz führen wird.

Der entgleiste Better. Der Vorstand der Familie von Kleist veröffentlichte vor einiger Zeit in der „Kreuzzeitung“ eine Erklärung, in der mitgeteilt wird, daß die Familie mit der Kleist-Stiftung nichts zu tun habe.

Weil davon einseitig, diese Behauptung zurückzuweisen, stellt der Vorstand der Kleiststiftung jetzt fest, daß sie durchaus zutrifft. Die Familie von Kleist hat zu der Kleiststiftung und zu dem Geist, der diese in Erinnerung an den großen Dichter beherzigt, keinerlei Beziehung. Sie hat sich von Anfang an, als die besten deutschen Schriftsteller zur Gründung der Stiftung aufrufen, ablehnend verhalten und damit eine Auffassung bekundet, von der die Familie, abgesehen von wenigen Ausnahmen, schon zu Lebzeiten des Dichters und auch späterhin befehl war. Sogar das arg verfehlene Grab Kleists konnte erst auf dem Wege öffentlicher Hilfe instandgesetzt werden.

Seitdem die Epoche der Minnesänger vorüber ist, also schon seit ziemlich langer Zeit, gilt das Dichten bei den deutschen Dichtern als keine standesgemäße Beschäftigung. Man kann deshalb die Abneigung der Familie Kleist gegen einen „Better“ verstehen, der seinen Ehrgeiz nicht darin setzte, Rekruten zu drillen und über die dicken Kartons zu bauen, sondern Verse machte und Theaterstücke schrieb. Einer öffentlichen Bekämpfung dieses Sachverhalts hätte es nicht bedurft, jeder richtige Leser der „Kreuzzeitung“ war ohnehin davon überzeugt, daß das nicht anders sein könnte und dürfe.

Eine neue Zeitschrift. „Auch“, eine neue Monatschrift, erscheint unter besonderer Mitwirkung von Gerhart Hauptmann, Hermann Sudow und Ludwig Juch vom 1. Oktober ab im Verlag von Julius Bard in Berlin. Die Zeitschrift wird Hauptfragen unserer Zeit- und Kunstlebens in abgeschlossener Darstellung behandeln.

Eine Vorstellung der Staatsoper drahtlos in alle Welt telephoniert! Unsere Staatsoper hat gestern ein interessantes und wie es scheint, gelungenes Experiment unternommen. Die ganze Vorstellung der „Madame Butterfly“ wurde von der Großfunkstation Königswusterhausen aufgenommen und einer Anzahl drahtloser Empfangsstationen Mitteleuropas hörbar gemacht.

Der zu diesem Zweck nötige äußere Apparat bestand in einer Reihe von Mikrofonen, die entlang der Bühnenrampe eingebaut waren und die Musik und die Gesangstöne weiter übermittelten. Die mitteleuropäischen Stationen waren von dem beachtlichsten Experiment verständigt worden, es ist aber anzunehmen, daß man auch an entfernteren Auslandsorten unsere „Madame Butterfly“ zu hören bekommen hat.

Versuche mit drahtlosen Uebertragungen von Musikvorwürden sind in letzter Zeit bekanntlich schon öfters, unter anderem gelegentlich eines Gesellschaftsabend beim deutschen Reichspräsidenten, gemacht worden. Sie fanden auf Veranlassung unserer Reichspostverwaltung statt, die dabei mehrere neue technische Verbesserungen mit Erfolg erprobt hat.

Die Musik ist in den Empfangsräumen klar und deutlich zu nehmen und so wird in Zukunft das entlegene Städtchen und das kleinste Dorf, das die nötigen Apparate aufgestellt hat, in der Lage sein, weltstädtische Konzerte und Opernaufführungen zu genießen!

Zahlkarte und Briefmarke als Schreibhefter. Der Reichskunstwart Redstob hat Versuche eingeleitet, durch Verbesserung der Zahlkarte unserer Reichspostverwaltung auch zur Verbesserung unserer Schreibhefter mitzuwirken zu lassen. Wie Redstob in der Zeitschrift „Das Blatt“ ausführt, werden zurzeit Druckfahnen dadurch verbessert, daß man alle Formulare umdruckt nach den Gesetzen einer gleichmäßigen Verteilung des Blattes, wie sie jetzt für die Arbeitsart der Drucker maßgebend sind. So hat man das beherrschende Formular für Einfuhrbescheinigung und die Zahlkarte umgestaltet, vom Druckerstandpunkt aus gewiß ein Fortschritt. Redstob aber erklärt mit gutem Recht diesen Weg für bedenklich. Denn solche Verbesserungen beachten nicht, daß ein Formular erst nach 20 Ausfüllungen durch Schriftfertig ist. Sie beachten nicht, daß daher hier Gelegenheit ist, täglich Tausende von Menschen in ihrer Schreibübung zu beeinträchtigen. Nicht etwa daß jeder Formular sich annehmen sollte, einen Kursus für Schönschreiben nachzuholen. Aber in der Verbindung von Schreib- und Druckarbeit liegt ein Gefähr vor, das wohl beachtet werden will. Die vorgelegten Worte sollten so angelegt werden, daß sie bereits auf die Schrift hinführen, ihr gewissermaßen entgegenkommen. Beherrschliche Formulare, die schriftlich auszufüllen sind, dürfen daher nicht durch ein ganzes System von Unruidungen den Schreibraum einsperren. Für den Schreibenden ist es eine Qual, in solche unanständigen Gebiete seine Bruststaben einzuführen, er hat immer Angst, nicht auszukommen. Statt überleben nochmäßiger Ausgestaltung sollte eine Form entstehen, die zu klarer Verteilung und einer dem Druckercharakter einigermaßen angepassten Führung der Schrift hinführt. Ein erster Versuch auf diesem Weg wird von Redstob in

in Deutschland eingeführt werden, wenn die „ungeheure Mehr-  
heit“ sich für ihn entschieden habe. Es bleibt uns also nur die  
Feststellung übrig, daß die „Rote Fahne“ nicht nur zu Karl Radek,  
sondern auch zu dem Vorsitzenden ihrer eigenen Partei, Brand-  
ler, in einem unüberbrückbaren Gegensatz steht. Was  
miederum ein erhebendes Zeichen für die „Einmütigkeit“ in der  
R.P.D. ist.

## Betriebsräte im Aufsichtsrat.

Im Reichswirtschaftsrat wurde heute die Beratung  
über den Entwurf eines Gesetzes über die Entsendung von  
Betriebsratsmitgliedern in den Aufsichtsrat fortgesetzt.

Aufhäuser (Arbeitnehmervertreter der Industrie): Besonderen  
Wert legen wir auf die Aufnahme des Absatzes 2 in § 1 des Ge-  
setzes, der folgenden Wortlaut haben soll:

„Ohne Rücksicht auf die Bezeichnung gilt im übrigen als Auf-  
sichtsrat im Sinne des Gesetzes jedes bei einem solchen Unter-  
nehmen aus mehreren Personen gebildetes Organ, welches nach  
Gesetzen oder Satzungen die Aufgabe hat, daß zur Geschäftsfüh-  
rung bestellte Organ hierbei zu überwachen.“

Diese Mindestforderung ist für uns unentbehrlich, angesichts des  
Bestehens der großen Unternehmungen, den Schwerpunkt vom  
Aufsichtsrat in die Verwaltung zu verlegen, der Reichswirt-  
schaftsrat darf nichts verschmähen, was geeignet ist, dem Gesetz  
zu verschaffen. Diesem Zweck will der Absatz II dienen.

Geheimrat Dr. Schwarz (Arbeitgebervertreter der Banken): Wenn  
eine G. m. b. H. beispielsweise von der Bestellung eines Aufsichtsrates  
Abstand nimmt, so kann darin noch kein Verstoß gegen das Recht  
erblickt werden. Wir beantragen daher die Streichung des Absatzes 2,  
der im Widerspruch zu dieser gesetzlichen Regelung steht.

Dr. Thieffen (Arbeitnehmervertreter des Handels): Es ist nicht  
bestritten worden, daß eine G. m. b. H. auf einen Aufsichtsrat Ver-  
zicht leisten kann. Wir wollen aber unbedingt gegen alle sabotierende  
Maßnahmen, die sich bei der Ausführung des Gesetzes einstellen  
können, geschützt sein. Die große Gefahr der Sabotage ist,  
darüber gibt das Material Auskunft, das in reichlicher Menge zur  
Verfügung steht.

Aufhäuser: In Absatz 2 handelt es sich nicht um besondere Organe,  
die neben dem Aufsichtsrat bestehen sollen, sondern nur um Sicher-  
ungseinrichtungen gegen Umgehung des Gesetzes.

Damit schließt die Aussprache. Der Antrag von Braun auf  
Streichung des Absatzes II wird mit 101 gegen 90 Stimmen abge-  
lehnt.

Eine Debatte entspinnt sich bei den folgenden Paragraphen,  
die die Entsendung von Betriebsratsmitgliedern in den Aufsichtsrat  
im Einklang mit § 70 des Betriebsratsgesetzes regeln wollen. § 70  
des B.R.G. bestimmt die Zuständigkeit sowie die einzelnen Rechte der  
Betriebsratsmitglieder im Aufsichtsrat. Ein Antrag von Braun  
wünscht für das Ausführungs-gesetz eine Fassung, die diesem § 70  
des Betriebsratsgesetzes entspricht.

Aufhäuser: Der Reichswirtschaftsrat darf sich nicht nach dem  
Antrag von Braun darauf beschränken, abzusprechen, sondern  
muss eigene Vorschläge machen.

Prof. Franke (Vertreter der Wissenschaft): Seit mehr als zwei  
Jahrzehnten trete ich in Wort und Schrift für die Gleichberech-  
tigung der Arbeiter und Angestellten ein. Ich möchte einen dringenden Appell an die Arbeitgeber richten, von ihrer  
kurzsichtigen Politik der Einschränkung der Betriebsratsmitglieder im  
Aufsichtsrat Abstand zu nehmen; werden die Rechte der Betriebsrats-  
mitglieder durch Annahme des Antrags von Braun eingedämmt,  
so sind unaufhörliche Reibungen die notwendige Folge. Wir brauchen  
unbedingt gerade in diesem Augenblick eine Politik des Ver-  
trauens. Wenn in die Aufsichtsräte großer Unternehmungen  
Fürsten, Prinzen, Admirale u. ä. hochgeachteten Persönlichkeiten  
gewählt werden, so beweist das doch, daß bei der Auswahl der Auf-  
sichtsratsmitglieder die wirtschaftlichen Kenntnisse nicht  
entscheidend sind. (Lebhafte Zustimmung bei den Arbeit-  
nehmern.) Es ist auch nicht einzusehen, warum den Arbeitnehmern  
ein Mindermaß von Vertrauen zugesprochen werden soll.

Die schweren Vertrauensbrüche, die bei einzelnen Aktiengesell-  
schaften zulage getreten sind, sind nicht von Betriebsratsmitgliedern  
verübt worden.

(Hört! Hört!) Zweifellos werden die Arbeitnehmer nicht ruhen,  
bis sie die ihnen vorenthalte Gleichberechtigung errungen haben;  
mit der Annahme des Antrags von Braun ist die Sache nicht erledigt.  
(Zu den Arbeitgebern:) Wollen Sie den Arbeitnehmern den Triumph  
verschaffen, Sieger zu sein und wiederum eine Niederlage erleiden,  
wie sie Ihnen bei den Kämpfen um die Tarifverträge stets beige-  
bracht worden sind? Die ganze Geschichte der Sozialpolitik spricht  
doch dafür, daß die Entwicklung in der Richtung völliger Gleich-  
berechtigung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern verlaufen  
wird. Ich bitte Sie daher dringend, ihren Widerstand aufzugeben.  
(Lebhafte Beifall.)

Neben Arbeitnehmervertreter des Handels: Wir können uns  
auf keinen Fall damit einverstanden erklären, daß durch die An-  
nahme des Antrags von Braun die Rechte der Betriebsratsmit-  
glieder, die in § 7 des B.R.G. festgelegt sind, eine Verschlechte-  
rung erfahren.

Dr. Thieffen: Die Arbeitgeber sollten ihre Anträge zurück-  
ziehen und sich auf den Boden der Ausschlußbeschlüsse stellen. Dann  
sind auch wir Arbeitnehmervertreter bereit, das gleiche zu tun.

Nach kurzer Unterbrechung zieht die Abteilung I (Arbeitgeber)  
ihre Anträge zurück, worauf der Präsident Cohen namens der  
Arbeitnehmer das gleiche tut und die Annahme des § 3 in der  
Regierungsfassung feststellt.

Zum § 8, der die Ertrag- bzw. Reinerträge von Betriebsrat  
regelt, liegt ein Antrag der Arbeitnehmer vor, als § 8a zu fügen:  
Unternehmungen, deren Betriebe an verschiedenen Orten  
liegen, sind verpflichtet, die Unkosten zu tragen, die den Betriebs-  
räten aus den für die Wahl und die Berichterstattung erforderlichen  
notwendigen Zusammenkünften erwachsen.

a. Siemens (Arbeitgeber): Dieser Antrag widerspricht dem Ge-  
danken des Betriebsratsgesetzes, das nur einen Betriebsrat für örtlich  
zusammenhängende Werke und Betriebe kennt. Diese Vorbereitungen  
für die Wahlen sind daher auch nur an diesem einen Ort zu treffen.  
Die großen Bankbetriebe mit ihren hundert von Filialen würden,  
wenn dieser Antrag angenommen würde, die Betriebsräte aller Fi-  
lialen, also etwa 10 mal 100, also 1000 Personen zu derartigen  
Wahlversammlungen beurlauben und die Kosten dafür zu tragen  
haben.

## Das Wiederaufbauproblem.

Paris, 9. Juni. (G.) Der Minister für die befreiten Gebiete,  
Roucheux, ist von seiner dreitägigen Besichtigungsreise in die  
zerstörten Gebiete zurückgekehrt und teilt in der „Chicago Tribune“  
über seine Eindrücke mit, daß die Verminderung in den Kosten der  
Lebenshaltung die Verminderung der Löhne und der Kosten der  
Rohmaterialien, sowie das Steigen des Frankenkurses die Kosten  
der Wiederaufbaukosten der zerstörten Gebiete beträch-  
lich verringern würden. Vor einem Jahre mußte man noch  
mit dem sechsfachen Werte der Wiederaufbaukosten von vor dem  
Kriege rechnen, während heute nur mit 4/4 zu multiplizieren ist.  
Es ist zu erwarten, daß in kurzer Zeit nur noch mit drei zu  
multiplizieren ist. Roucheux erklärte weiter, daß Frankreich  
sich aus finanziellen Gründen gegen die Beteiligung von 300 000  
bis 400 000 deutschen Arbeitern am Wiederaufbau in Frankreich  
wenden müsse. Diese Arbeiter würden zum Teil in Papiermark be-  
zahlt werden, diese dadurch aber so entwertet werden, daß es fast  
unmöglich wäre, davon erst nur Lebensmittel für die Arbeiter zu  
schaffen. Das Ergebnis würde sein, daß Frankreich diese Lebens-  
mittel stellen müßte, was eine ungeheure Summe verschlingen würde.

# Groß-Berlin

## Brüß, der Rosengarten Berlins.

Der Juni ist von je der Rosenmonat. Wollte der Berliner vor  
einer Reihe von Jahren Rosenfelder sehen, dann mußte er, abge-  
sehen von den Stumengärten Thüringens, nach Charlottenhof bei  
Potsdam fahren. Heute ist das anders. Fährt man mit der Elek-  
trischen über Tempelhofer hinaus, so sieht man hinter den wogenden  
Feldern raschimmernde, ausgedehnte Streifen. Das ist Brüß,  
unser Berliner Schiras. Hunderttausende Rosen, soweit das Auge  
sehen kann, Rosen und wiederum Rosen. Ein Feld neben dem  
anderen, eine Gärtnerei neben der anderen. Rosen in allen Farben-  
schattierungen. Weiße Rosen, Rosen vom dunkelsten Rot bis zum  
hellsten, gelbe Rosen. Rosen in kleinster Knospe und in größter  
Entwicklung.

Die Rosenkulturen sind alle nach verhältnismäßig jungen Da-  
tums. Um die Wende unseres Jahrhunderts legte sich ein Gärtner  
da draußen auf die Rosenkultur; ein anderer kam hinzu, ein Dritter  
machts nach und heute ist es die Haupterwerbsquelle der Brüßer  
Einwohner. Außer den Rosen werden noch Flieder, Fuchsen,  
Dahlien, Topfgewächse und Schnittblumen produziert. Gärtnerei-  
betriebe mit 12 000 Quadratmeter Flächenraum und Treibhäuser  
mit 1300 Quadratmeter sind nichts Seltenes.

Des Morgens in frühester Frühe werden die Rosen geschnitten,  
um in Körben verpackt in die Markthallen zu wandern. Der Tages-  
preis der duftigen Ware wird entsprechend der Nachfrage und des  
Angebots durch eine Rosenbörse, die sich dort etabliert hat, regu-  
liert. Es wird auf Einheitspreis gesehen, den selbst der Ausflügler  
bei Abnahme am Ort und Stelle zu zahlen hat. Diese Abnahme  
hat allerdings den Vorzug, daß man neben größter Auswahl  
frischeste Blumen erseht.

## Verhaftung dreier Poststreckenschwindler.

Einen groß angelegten Poststreckenschwindel hat die Kriminal-  
Polizei in der Friedrichstraße 139 in Verbindung mit dem  
Untersuchungsreferenten der Oberpostdirektion aufgedeckt. Im Fe-  
bruar d. J. gingen bei dem Poststreckendienst in Leipzig Schecks über  
60 000 M. auf das Konto eines Kaufmanns Siebert Stern in  
Leipzig ein. Die Beträge wurden dem Kontoinhaber auch ausge-  
zahlt. Nachträglich zeigte sich, daß die Schecks, die teils gefälscht,  
teils echte Poststempel trugen, gefälscht waren. Die Nachforschungen  
ergaben, daß sie auf einem Berliner Postamt in den Betrieb einge-  
schmuggelt waren. Jetzt ist es gelungen, den Täter und seine  
Helfershelfer festzunehmen. Der Fälscher ist ein Friseur Albert  
Reimann; er wohnte zuletzt in der Albrechtstr. 29a in Leipzig und  
hörte in einer Friseurstube in Leipzig, daß der Inhaber einen Herrn  
Stern zum Geburtstagsfeier gratulierte. Darauf funktionierte er Sterns  
Vornamen und Geburtsdatum aus. Unter Sterns Namen, aber  
unter seiner eigenen Adresse, legte er dann beim Poststreckendienst  
in Leipzig ein Konto an. Auf dieses zahlte er im vergangenen Jahre  
von Leipzig aus wiederholt kleinere Beträge ein. Hierbei gab er  
als Abnehmer stets eine andere Firma an, so daß man auf dem  
Poststreckendienst annehmen mußte, es mit einem scheinbaren und ge-  
rechtem Geschäftsvorkehr zu tun zu haben. Eine Zeitlang blieben  
dann die kleinen Zahlungen aus. Im Februar endlich gingen wie-  
der mehrere Schecks, zusammen über 60 000 M. ein, diesmal aus  
Berlin. Reimann war von Leipzig nach Berlin übersiedelt. Hier  
arbeitete er nicht, lebte aber flott. Um den Lebensmitteln spielen zu  
können, setzte er den letzten Schwindel ins Werk. Seinen Bruder  
und seinen Vetter Ernst und Oskar Reimann, die auf einem hiesigen  
Postamt beschäftigt waren, verführte er, ihm Helfershelferdienste zu  
leisten. Sie fanden sich dazu auch bereit, wurden aber mit Unbill  
belohnt. Beide brachten die falschen Schecks in den Postbetrieb, so  
daß das Geld an den Kontoinhaber, der nach Leipzig fuhr, anstands-  
los ausgezahlt wurde, ohne daß es in Berlin eingezahlt war. Das  
Geld verbrauchte der Fälscher im wesentlichen für sich. Sein Bruder  
und sein Vetter, die ihm dazu verholfen hatten, bekamen wenig oder  
gar nichts ab. Alle drei wurden jetzt verhaftet und dem Unter-  
suchungsrichter vorgeführt.

## Die Berliner Feriensonderzüge.

Von Berlin aus verkehren in den Monaten Juli und August  
folgende Feriensonderzüge:

Nach der Ostsee: Am 8., 10. Juli: Charlottenburg ab 9.45  
vorm., Kolberg an 5.47; am 10. Juli auch nach Rostock; am 8.,  
9. Juli: Charlottenburg ab 10.50 vorm., Karlshagen-Trosenheide an  
5.50; am 9. Juli: Charlottenburg ab 10.50 vorm., Sagnitz (Autibus)  
an 5.21; am 10. Juli, 15. August: Stettiner Bahnhof ab 10.57 vorm.,  
Warnemünde an 3.40; am 11., 12. Juli: Stettiner Bahnhof ab 11.40  
vorm., Karlshagen-Trosenheide an 5.50; am 11. Juli: Stettiner  
Bahnhof ab 10.34 vorm., Kolberg an 5.47; am 11. Juli: Stettiner  
Bahnhof ab 1.40 nachm., Sagnitz (Autibus) an 3.27; am 12. Juli:  
Stettiner Bahnhof ab 7.10 vorm., Stettin an 9.58.

Nach der Nordsee: Am 8. bis 9. Juli: Lehrter Bahnhof ab  
10.00 abends, Hamburg an 5.08 früh, mit Anschluss nach Wgt (Föhr)  
und Amrum; am 11. bis 12. Juli: Lehrter Bahnhof ab 10.00 abends,  
Hamburg an 5.08 früh, Anschluss nach Westerland; am 9. bis  
10. Juli: Lehrter Bahnhof ab 10.00 abends, Norddeich an 8.02,  
Emden (Autibus) an 7.37.

Nach Süddeutschland: Am 9. bis 10., 15. bis 16. Juli, 13. bis  
14. August: Anhalter Bahnhof ab 9.39 nachm., Basel (Bah. Bahn-  
hof) an 1.00, Konstanz an 3.08; am 10. bis 11., 17. bis 18. Juli,  
19. bis 20. August: Anhalter Bahnhof ab 3.55 nachm., Stuttgart  
an 6.20, Friedrichshafen an 10.55; am 9. bis 10., 11. bis 12., 15. bis  
16. Juli, 13. bis 14. August: Anhalter Bahnhof ab 3.55 nachm.,  
München an 5.49 früh.

Nach dem Harz: Am 9., 12. Juli (am 12. Juli nur nach Ver-  
der): Potsdamer Bahnhof ab 9.00 vorm., Goslar 3.24, Thale an  
1.57; am 10. Juli: Potsdamer Bahnhof ab 7.20 vorm., Quedlinburg  
1.59, Seesen an 3.00; am 11. Juli: Potsdamer Bahnhof ab 9.00  
vorm., Altenau (Harz) an 4.31.

Nach dem Riesengebirge: Am 1., 11. Juli, 15. August: Gör-  
litzer Bahnhof ab 9.08 vorm., Hirschberg an 2.39, Oberschreiberhau  
an 4.14, Illertal (Krummhübel) 3.12, Schmiedeberg 3.14.

Nach Thüringen: Am 9. Juli: Anhalter Bahnhof ab 8.28  
vorm., Eisenach an 3.46.

Nach dem Erzgebirge: Am 9. Juli: Anhalter Bahnhof ab 9.28  
vorm., Schandau an 2.55, Oberwiesenthal an 7.00.

Nach dem Sauerland: Am 9. Juli: Potsdamer Bahnhof ab  
6.55 früh, Hagen (Westf.) an 6.43 abends.

Die Feriensonderzüge führen die 2. und 3. Klasse oder auch  
nur die 3. Klasse. Außer diesen Zügen sind auch für den Verkehr  
von Berlin nach Ostpreußen Feriensonderzüge geplant. Die Ver-  
handlungen hierüber, insbesondere auch mit Polen, sind noch nicht  
abgeschlossen. Es sei nochmals darauf hingewiesen, daß die Fahr-  
karten zur Benutzung der Feriensonderzüge getrennt für die Hin-  
und Rückfahrt zum Preise von 22 Pf. in der 2. und von 13 Pf.  
in der 3. Klasse für das Kilometer ausgegeben werden. Bei der  
Lösung der Fahrkarten für die Hin- und Rückfahrt können gleichzeitig die Fahr-  
karten für die Rückfahrt gekauft werden.

## Die Hausangestelltensteuer in Sicht.

Die Verhandlungen über die von den städtischen Körperschaften  
Berlins beschlossene Steuer auf die Beschäftigung von Hausangestell-  
ten solle, wie verkündet, bei den städtischen Aufsichtsbehörden noch  
schweben. Es sind Einsprüche sowohl gegen die Steuer überhaupt  
als auch gegen angelegte Härten ihrer Durchführung, die die Höhe  
der Steuerjahre eingegangen, die den Gegenstand der Verhandlung  
zwischen dem Reichsarbeitsministerium und den beteiligten preußi-  
schen Ministerien bilden. Insbesondere wird hierbei die soziale Seite

die Frage einer etwaigen Vergrößerung der Arbeitslosigkeit unter den  
Hausangestellten erörtern. Obwohl diese Verhandlungen noch nicht  
abgeschlossen sind, läßt sich doch schon jetzt sagen, daß mit dem An-  
tritt der Steuerordnung nicht ganz in der Form die Geset-  
gebung der Aufsichtsbehörden finden, die ihr die Stadt Berlin  
geben hat; es ist zu erwarten, daß dem Magistrat aufgegeben wird,  
noch gewisse Milderungen einbringen zu lassen. Ob die  
Höhe der Steuerjahre beanstandet werden wird, läßt sich noch nicht  
sagen.

## Um den Städtebau-Direktor.

Wir erhalten folgende Zuschrift:  
An der vom Anliegendesverein Groß-Berlin und anderen Kör-  
perschaften am 31. Mai 1921 im Lehrervereinssaal veranstalteten  
Aussprache über die Aufgaben des künftigen Generaldirektors für  
das Siedlungs- und Wohnungswesen der neuen Stadtgemeinde Ber-  
lin wurde einmütig die Untätigkeit der alten Stadtgemeinde Berlin  
auf dem Wohnungsgebiete festgestellt. Es wurde die Forderung er-  
hoben, den ausgeschriebenen Posten mit einer Persönlichkeit zu be-  
setzen, die die bedeutenden Aufgaben, die seiner harrten, sieht,  
nicht aber einen im Geiste der alten Stadtgemeinde aufgewachsenen  
Beamten dazu auszuwählen, dem von vornherein mit dem größten  
Misstrauen begegnet werden müßte. Selbst die Redner, die mehr  
die städtebaulichen Aufgaben betonten, ließen ihre grundsätzliche Ab-  
lehnung des alten Verfahrens, nämlich so gut wie nichts zu tun,  
mit erfreulicher Deutlichkeit erkennen. Die Stadtverwaltung hat es  
nun in der Hand, bei der Wahl des Generaldirektors auf die „be-  
währten“ Rückschlüsse der geistigen Leiter des Hoch- und Tiefbau-  
amtes der Stadt Berlin oder besser auf die Rückschlüsse der Arbeiter,  
Angestellten- und Beamtenvereine zu hören. Die Berliner  
Bevölkerung verlangt endlich Taten und zu diesem Zweck an der  
Spitze des Wohnungs- und Siedlungswesens einen Mann, eine Pers-  
önlichkeit, die ehrlich auf dem Boden der Gemeinwirtschaft steht  
und deren Schaffen von den Massen des wertvollen Volkes gestützt  
wird und die Kriensaufgabe, die er zu erfüllen hat, lösen kann.  
Bureaufraßen, auch wenn sie sich in den Rantel der „Kunst“ hüllen,  
können dafür nicht in Betracht kommen.

Erster deutscher Gesundheitsfürsorgetag. Die Vereinigung der  
Kommunalärzte in leitender Stellung und die Vereinigung deutscher  
Schul- und Fürsorgeärzte veranstalten am Sonnabend, 25. Juni,  
vormittags 9 1/2 Uhr, im Hofsaal der medizinischen Poliklinik der  
Charité, Luisenstr. 13a, den Ersten Deutschen Gesundheitsfürsorgetag.  
Auf der Tagesordnung stehen u. a. folgende Vorträge: Er-  
öffnungsansprache des Stadtmedizinalrats Dr. Rabnow; Ge-  
sundheitsämter — eine Forderung der Zeit; Professor Dr. Groß-  
jahn Berlin; Aufgaben des Gesundheitsamts; Prof. Dr. Kraus-  
wig-Köln a. Rh.; Aufbau des Gesundheitsamts; Präsident Dr.  
med. Pfeiffer-Hamburg; Stellung des Gesundheitsamts inner-  
halb der Jugendwohlfahrtspflege; Stadtrat Dr. med. Silbers-  
tein-Neußölln. An die Vorträge schließt sich eine Aussprache.

Die Elternversammlung der städtischen Taubstummenschule hat  
folgende Entschlüsse gefaßt: Wir sind hinsichtlich der räumlichen  
Verhältnisse der städtischen Taubstummenschule in großer Sorge,  
weil die Räume zurzeit völlig unzureichend sind und die Ausbildung  
unserer Kinder, die uns wegen ihrer Gehör- und Sprachlosigkeit doch  
besonders am Herzen liegt, schweren Schaden erleidet. Wichtige Unter-  
richtsfächer müssen wegen Raummangels ausfallen, andere können  
aus dem gleichen Grunde nur ungenügend erteilt werden. Durch  
die Verlegung einiger Klassen in die Schulgebäude in der Lange  
Straße ist der gesamte Unterrichtsbetrieb gefährdet. Seit 10 Jahren  
ist der Raumplan von der Behörde anerkannt. Durch die Eingemau-  
dung der bisherigen Vororte droht er unerträglich zu werden. Im  
Interesse unserer Kinder bitten wir die städtischen Behörden herzlich,  
der städtischen Taubstummenschule nennbar (möglichst geeignete und  
zureichende Räume zur Verfügung zu stellen.

Bezirksversammlung des 3. Bezirks (Wedding). Unabhängige  
und Kommunisten, die im Verwaltungsbezirk Wedding unzerstör-  
liche Bundesbrüder geworden sind, ließen wieder einmal ihren Nach-  
apparat spielen. Die Versammlung hatte sich zum dritten Male  
mit der Wahl der zwei nicht beständigen Stadträte Bloßhagen  
(U.S.P.) und Schmidt (K.P.D.) zu beschäftigen. Andere Kandidaten  
wollten beide Parteien nicht in Vorschlag bringen, weil sie der Auf-  
fassung sind, daß nur ihnen allein der Vorzug gebührt, von sieben  
beständigen Stadtratsmitgliedern im Bezirksamt fünf allein zu beanspruchen.  
Bürgermeister Leib (U.S.P.) fordert seine Mannen auf, die beiden  
Nichtbeständigen wiederzuwählen, das Bezirksamt wird  
alles tun, die Beschäftigung dieser Versamm-  
lung zu unterstützen. Unsere Fraktion, die schon im 15er-  
Auswahlschreiben erklärte, sich an einer solchen Demonstration nicht  
zu beteiligen, gab dann auch bei der Wahl im Plenum weiche Zeitel  
ab, die Bürgerlichen verließen den Saal, und so wurden denn die  
Vorgeschlagenen gegen Deutschnationale, Volkspartei, Zentrum, Wirt-  
schaftspartei, Demokraten und S.P.D. mit 34 Stimmen gewählt. Die  
Gesamtstärke der Bezirksvereinsversammlung beträgt 63. Ob  
der Oberpräsident ob dieses Nachspruchs endlich pater peccavi (Herr,  
verzeih mir meine Sünden) sagen wird? Weiter beschäftigte sich die  
Versammlung mit den den Kindern gebotenen Kinofund. Dazu  
wurde folgender Antrag unserer Fraktion einstimmig angenom-  
men: „Das Bezirksamt Wedding fordert das städtische Jugendamt so-  
wie den Groß-Berliner Ausschuss zur Bekämpfung der Schundliteratur  
und des Kinofundes auf, durch Veranstaltung guter Filmvorführun-  
gen für Kinder und Eltern in den Schulen und Kinos, deren Pro-  
grammauswahl nicht den Theaterbesitzern überlassen bleibt, sondern  
vom Jugendamt bzw. der Lehrerschaft vorgenommen wird, den Kinofund  
zu bekämpfen. Daneben ist eine stärkere Kontrolle der Kinos  
vorzunehmen, um dem Verbot des Besuchs der Abendvorstellungen  
durch Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren mehr Geltung zu ver-  
schaffen.“ Zur Untersuchung der Verhältnisse in der Geschäftsführung  
des Ledigenheims wurde ein Ausschuss eingesetzt, dem unterer-  
seits die Genossen Fuhs und Drews angehören. In die Aufbau-  
deputation wurde der Genosse Pothoff gewählt.

Mit der Hündin den Hund. Es ist wenig bekannt, daß die Ber-  
liner Hundebesitzer sich einer raffinierten Methode bedienen; sie lassen  
nämlich durch eine dressierte Hündin den Hund, auf den sie es ab-  
gesehen haben, herbeiführen und fangen ihn dann weg. Ein solcher  
Hundebesitzer wurde gestern in Grünau beobachtet, als er mit einer  
Hündin einen prachtvollen Falshund einfiel. Der nachsichende  
Hundebesitzer glaubte sein Tier schon verloren, war aber sehr er-  
freut, bei der Heimkehr am späten Abend den stark erschöpften Hund  
vor seiner Berliner Wohnung wieder vorzufinden.

Die Feuerwehr auf dem Bienenfang. Ein riesiger Bienensturm  
wurde an der Ecke der Prinzregentenstraße in Bismarcksdorf nach-  
genommen. Die Bienen ließen sich auf einem Baum nieder, schwärzten  
berum und belästigten die Straßenbäume so arg, daß an Befreiung  
von dieser Plage gedacht werden mußte. So rief man die Berliner  
Feuerwehr, die den Bienensturm schließlich in zwei Säden einfiel.  
Unter dem Befehl der Anwesenden fuhren die Feuerwehrleute  
mit ihrer Wende wieder zum Depot zurück. — Am Rotbuser Damm  
zeigte sich gleichfalls ein Bienensturm, der aber mittels eines  
Wasserschlauchs von der Feuerwehr vertrieben wurde.

Die Tat eines Saboteurs vor dem Schwurgericht. Am 15. Juni  
begann vor dem Schwurgericht in Potsdam die Verhandlung  
gegen den 34-jährigen German Grahl wegen Mordes. Grahl ist  
geklagt, die Inhaberin eines von der Potsdamer Gesellschaft viel  
besuchtes Schönheitsinstituts erdrosselt und beraubt zu haben. Da-  
er behauptet, die Tat in einem labistischen Anfall begangen zu haben,  
hat die Potsdamer Staatsanwaltschaft den Leiter des Instituts für  
Legalwissenschaft, Sanitätsrat Dr. Magnus Hirschfeld, als  
Sachverständigen zu der Verhandlung geladen.

## Groß-Berliner Parteinachrichten.

123. Bd., 2. Hefen. Heute abend 7 1/2 Uhr. Öffentliche Volksversammlung der Röhre  
Berliner Ges. 18. Thema: Ultimatum, Fortbildung und Arbeitsschutz  
Referent: Genosse Ernst Pollmann, R.L.D.

# Gewerkschaftsbewegung

## Geschäftsbericht der Berliner Gewerkschaftskommission „Wir bleiben in der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale!“

Eine fleißige Arbeit stellt der Bericht der Gewerkschaftskommission für das Geschäftsjahr 1920/21 dar! Nach Aufbau, Eichtung und Wiedergabe des Materials und durch seine tabellarischen Darstellungen bietet er auch dem Sozial- und Wirtschaftspolitiker viel Beachtenswertes.

Bielgestaltig war die Wirksamkeit der Kommission und ihres Ausschusses. Neben der Erledigung der rein gewerkschaftlichen Angelegenheiten wurden eingehend und mit Sachkenntnis Fragen der sozialen Fürsorge und solche der Wirtschaft behandelt. Zu dem Gesetzentwurf über die Arbeitslosenversicherung nahm man mehrfach Stellung und unterbreitete schließlich der Reichsregierung einen gründlich durchgearbeiteten Entwurf, bei dessen Beachtung das kommende Gesetz nicht mehr ein bloßes Arbeitslosenversicherungsgesetz, sondern ein Erwerbslosen-fürsorge-Gesetz werden würde. Unter dem 28. Dezember 1920 erhielt der Ausschuss vom Reichs-Verkehrsminister die Mitteilung, daß die Vorschläge des Entwurfs bei der Beratung des Gegenstandes gewürdigt werden würden. In Verbindung damit steht die im Bericht besonders behandelte Frage der Arbeitsbeschaffung und der dieser nutzbar zu machenden Förderung des Wohnungsbaus und Siedlungswesens.

In dem Teil des Ausschussberichts, der die Studienreise nach Moskau, die kommunistischen Zellenbauer und den Kampf um Moskau oder Amsterdam betrifft, heißt es: „Das Ergebnis jener Studienreise zeigt nicht zur Nachahmung. Damit soll nicht gesagt sein, daß, wenn es notwendig ist, ähnliche Experimente nicht wiederholt werden sollen. Aber dann wird man reiflicher prüfen müssen, damit bei der Auswahl der hierzu bestimmten Personen nicht gleich unangenehme Erfahrungen gemacht werden.“ Bekanntlich waren die drei Delegierten als „überzeugte“ Kommunisten wiedergewonnen. Mit Benutzung konstatiert der Bericht, daß die Berliner Gewerkschaften den entschlossenen Kampf gegen Moskau inspirierten aufgenommen haben, und sagt weiter: „Daher, wir bleiben in der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale und werden in ihr und mit ihr wirken, daß sie zu einer starken internationalen Kampforganisation des Proletariats wird.“ Trotz des kommunistischen Offensivbriefes hat es auch die Berliner Gewerkschaftskommission abgelehnt, mit den Kommunisten gemeinsame Aktionen zu unternehmen, und zwar aus der auch von den sozialistischen Parteien und dem ADGB. gemachten Erfahrung heraus, daß sich die Kommunisten schon wiederholt als unehrliche Partner erwiesen haben. „Der Ausschuss“ — heißt es im Bericht — „bedurfte nicht erst der Anregung der Kommunisten, denn er hatte schon längst vorher im Sinne eines großen Teils dieser Forderungen gewirkt.“

Große Aufmerksamkeit wurde dem Lehrlingswesen und der Förderung der Jugend gewidmet. Ein freigewerkschaftliches Jugendkartell wurde ins Leben gerufen, nachdem man die ursprüngliche Absicht, mit den sozialistischen Jugendorganisationen gemeinsam das Jugendkartell zu bilden, aufgegeben hatte, weil bei der Zerrissenheit der sozialistischen Jugendbewegung die Gefahr bestand, für die arbeitende Jugend wirklich positive und praktische Arbeit nicht leisten zu können. Die Möglichkeit, mit den Jugendorganisationen von Fall zu Fall zusammen zu arbeiten, ist gegeben.

Ueber die Mitgliederbewegung haben wir bereits anlässlich der Jahresgeneralversammlung der Gewerkschaftskommission berichtet. Die Einnahmen der angeschlossenen Gewerkschaften einschließlich der Kasseneinlagen vom Vorjahre in Höhe von 9 126 785 M. betragen im Berichtsjahre insgesamt 98 369 080 M. Das ist gegenüber dem Jahre 1919 eine Steigerung von 36 099 344 M. Diesen Mehreinnahmen stehen Mehrausgaben in Höhe von 33 206 392 M. gegenüber. An Unterstützung wurden u. a. gezahlt: Streikunterstützung 10 725 332 M., Maßregelungsunterstützung 551 567 M., Arbeitslosenunterstützung 10 583 189 M., Krankenunterstützung 3 892 674 M., besondere Unterstützungen 901 384 M. An die Hauptkassen gingen 34 066 595 M. Die Gesamtausgaben betragen 85 966 337 M.

Die Einnahmen und Ausgaben der Gewerkschaftskommission als solcher ergeben sich aus einer der angehängten, 40 Druckseiten umfassenden, Tabellen. Die Gesamteinnahme der Kommission betrug 1 231 964 M., die Gesamtausgabe

995 410 M. Am 31. März 1921 verblieb ein Kassensbestand von 236 554 M.

Eine Bibliothek besitzen 33 Verbände mit einer Mitgliederzahl von 600 618. Am Jahresabschluss 1920 war ein Bücherbestand von 65 902 Bänden vorhanden. Der Bericht spricht die Hoffnung aus, daß der Gedanke der Zentralisation der Gewerkschaftsbibliotheken im kommenden Jahre so gefördert wird, daß er endlich seiner Verwirklichung entgegensteht.

Der Bericht betont ausdrücklich, daß er nur einen kleinen Ausschnitt aus dem großen Aufgabebereich der Gewerkschaftskommission behandeln konnte. Auch wir sind nur in der Lage, aus diesem Bericht das Wesentlichste wiederzugeben, aber allein schon aus dem können die Leser ersehen, daß der Ausschuss auch im verflochtenen Jahre eine recht umfangreiche, vielgestaltige und dankenswerte Arbeit im Interesse nicht nur der Berliner Arbeiterschaft geleistet hat.

### Niederlage der Bauunternehmer.

Die Bauarbeiterität der Provinz Sachsen und des Freistaats Anhalt war bei der Festlegung der Tariflöhne und den im Jahre 1920 vereinbarten Lohnerhöhungen auf einen so starken Widerstand der Unternehmer getroffen, daß die endgültig festgesetzten Löhne zur Verhinderung des Lebensunterhalts nicht ausreichten.

Da auch bei den im März d. J. erneut stattgefundenen Verhandlungen die Unternehmer jedes Entgegenkommen ablehnten, kehrten die Bauarbeiter in einigen Orten die Arbeit ein. Nun verlangten die Unternehmer durch ihren Bezirksverband bedingungslos Wiederaufnahme der Arbeit. Dabei enthielten sie sich nicht, von den Organisationen der Bauarbeiter einen Lohnabbau von 10 Prozent zu verlangen. Um ihrer unfruchtlichen Forderung den nötigen Nachdruck zu geben, drohten sie gleichzeitig für das gesamte mitteldeutsche Industriegebiet die Aussperrung an. Da sich die Arbeiter auch dadurch nicht abbringen ließen, kam es dann am 28. Mai zu einem offenen Kampfe, der jetzt nach wiederholten tadellosen Verhandlungen vor dem Bezirkslohnamt und dem Reichsarbeitsministerium durch einen Schiedsspruch, dem beide Parteien zustimmten, den Unternehmern die verdiente Niederlage brachte. Der Schiedsspruch hat folgenden Wortlaut:

Mit Wirkung vom ersten Tage der laufenden Juni-Lohnwoche wird der tarifliche Lohn für Hoch-, Tief- und Betonbau erhöht um 30 Prozent für Bura, Bernburg, Bitterfeld, Kösnitz, Delitzsch, Eisenburg, Halle, Grätzsch, Hohenmölsen, Merseburg, Peuna, Köhler, Eintracht, Zeitz, Weißenfels, GutsMuths, Blankenb., über die Einreichung weiterer Orte sollen sich die Bezirksleitungen verständigen. Um 20 Prozent alle übrigen Orte, soweit Anträge auf Lohnerhöhung für sie am 28. März vorgelegen haben. Die bereits durch Einigung ohne Anwendung tarifwidriger Mittel erzielten Lohnerhöhungen bleiben bestehen. Alle Streiks und Aussperrungen werden sofort aufgehoben. Die Anträge der Arbeitgeber auf Lohnabbau werden abgelehnt.

Außerdem macht das Bezirkslohnamt für Dessau den Vorschlag, im Falle der Annahme des vorstehenden Schiedsspruchs im Wege der Vereinbarung den Lohn auch für Dessau um 30 Pct. zu erhöhen. Auf Grund dieses Spruches werden alle Streiks und Aussperrungen aufgehoben.

### Kommunistische Pragis.

Bekanntlich nimmt sich die KPD. der Arbeitslosen mit großen Worten an. Es verheißt fast kein Tag, an dem nicht die „Rote Fahne“ die Arbeiterschaft auffordert, zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in irgendeiner Aktion hineinzuspringen. Wie in Wirklichkeit die Fürsorge der KPD. für die Opfer des Kapitals ausfällt, zeigt folgender Vorgang:

Für den 10. d. M. beruft die Gewerkschaftsabteilung der KPD. eine Versammlung der Poliere und Schachtmeister ein, die in der KPD. organisiert sind. Da nun deren Zahl schwindföchtig klein ist, wandte man sich auch an die SPD.-Kollegen mit Einladungszetteln. Um diese zu verbreiten, suchte der Kommunist Michael den Rummelpfad am Bülowplatz auf und dringte sich dort zwei Obdachlose. Weil jede Arbeit ihres Lohnes wert ist und auch die Kommunisten jede Form der Ausbeutung verwerfen, gab man diesen beiden Obdachlosen für das Verteilen der Einladungszettel in der Zeit von 9 bis 11 Uhr abends je eine Papiermark. Wir haben uns von dem bekümmerten Eindruck dieser „Dummen“, die Michael fand, in unserer Redaktion persönlich überzeugen müssen und möchten nur die Frage an die KPD. richten, was sie wohl sagen würde, wenn ein Unternehmer es wagte, erwachsenen Arbeitslosen für zwei Stunden Nachtarbeit — eine Mark zu bieten.

Weniger große Worte, die zwar die KPD. nichts kosten, den Arbeitslosen aber auch nichts nützen, dafür aber anständiger Handlungsweise, insbesondere den Kernsten der Armen gegenüber!

Zum Kampf in der Rüdersdorfer Zementindustrie schreibt uns die Gewerkschaftskommission Raibergs-Herzfelder:

„Sämtliche Arbeiter und Handwerker erhielten am 7. Juni ihre sofortige Entlassung per Post. Unter den Gegenforderungen ist noch bemerkenswert die Bedingung, daß den Betriebsräten zweimal wöchentlich gestattet sein soll, ihre Kollegen zu hören und Beschwerden entgegenzunehmen.“

In der Zukunft werden folgende „keine Anfragen“ gestellt: „Was denkt die Regierung zu tun, um die Rüdersdorfer Unternehmer zu veranlassen, ihren Arbeitern menschenwürdigeren Existenzbedingungen zu bieten? Was denkt die Regierung ferner zu tun, um den Berliner Baumarkt vor dem Rangel an Zement zu bewahren, der durch das brutale Vorgehen der Unternehmer herbeigeführt wird?“

In der Tat, mit den Unternehmern der Rüdersdorfer Zementindustrie wäre ein ernstes Wort zu reden, um dem Trauerspiel, das sie inszenierten, ungefümt ein Ende zu machen.

Gegen Moskau hat sich nach der „Freiheit“ die 10 000 Mitglieder zählende Verwaltungsstelle Eisenfischer des Metallarbeiterverbandes ausgesprochen. Sie nahm eine Resolution an, die die Erwartung ausdrückt, daß alle zur Generalversammlung des Verbandes zu erscheinenden Delegierten den Anschluß an Moskau ablehnen werden. Eine Konferenz des Verwaltungsbezirks Halle desselben Verbandes billigte die Amtsentsetzung der kommunistischen Ortsverwaltung und alle vom Verbandsvorstand in dieser Angelegenheit unternommenen Maßnahmen. Sie bezeichnet das Vorgehen der gewesenen Ortsverwaltung als das schwerste Verbrechen und spricht den Verantwortlichen die Unfähigkeit in den Verband ab. — Die Generalversammlung der Fabrikarbeiter Halle wählte die kommunistische Ortsverwaltung nicht wieder und nahm die von dieser ausgesprochene Kündigung der drei Angestellten, die der U.S.P. angehörten, zurück.

Aus Waldenburg wird dem „Vorwärts“ gemeldet: Dem Aufruf, die Arbeit wieder aufzunehmen, ist von dem weitaus größten Teil der Belegschaft Folge geleistet worden. Auf der Tiefbaugrube, auf der „Abendrot-Grube“, auf der „Daniel-Grube“ und auf der „Segen-Gottes-Grube“ ist die Belegschaft vollständig eingezogen. Außerdem auch auf sämtlichen Bleib-Gruben. Bei einer Anzahl anderer Gruben ist der größte Teil der Belegschaft eingezogen. Es ist nur noch ein kleiner Bruchteil der Belegschaft, der geblieben ist und zwar meistens jugendliche Arbeiter. Am Neudorf Revier können erst heute die Vorbereitungen zum Wiedereintritt getroffen werden. Morgen früh nehmen hier sämtliche Belegschaften die Arbeit wieder auf. Auswärtige Kommunisten sind heute morgen von der Eicherhölzspolizei festgenommen und nach Schweidnitz abtransportiert worden.

Die Wahllokale der Eisenbahner bedürfen einer Berichtigung. Die Güterabfertigung Weissenhof ist ein Wahllokal für sich, das folgende ist die Werkskantine RSB. — Die Bekanntmachung ist nicht durch den Hauptvorstand, sondern den Hauptwahlvorstand erfolgt.

### Die Liste Wily Schulz ist richtig!

§ 23 B.R.G. Wer entscheidet über die Rechtsgültigkeit eines bestehenden Betriebsrates? In einem Entscheid des Gewerbeaufsichtsamtes Berlin-Tiergarten Nr. 1204 vom 17. Mai 1921 über die Gültigkeit eines nicht auf Grund der gesetzlichen Voraussetzungen gebildeten Betriebsrates wird u. a. folgendes ausgeführt: „Die Entscheidung, ob ein Betriebsrat gesetzlich oder ungesetzlich gewählt ist, liegt nicht in der Hand des Arbeitgebers. Gleiches Recht müßte man dann den Arbeitnehmern zugestehen. Derartige Anschauungen finden im Gesetz keine Stütze. Hält der Arbeitgeber oder Arbeitnehmer einen Betriebsrat für nicht zu Recht bestehend, so muß er die Gültigkeit dieses Betriebsrates bei der zuständigen Stelle (§ 93 B.R.G.) anfechten und die Entschcheidung abwarten, er kann ihn aber nicht auf eigene Faust für unzulässig erklären, auch wenn er innerlich noch so sehr von der Ungültigkeit überzeugt ist.“

Es liegt also nicht im willkürlichen Ermessen eines Arbeitgebers oder einzelner Arbeitnehmer, ob sie eine Betriebsvertretung anerkennen oder nicht, vielmehr ist in allen derartigen Fällen die Entscheidung des Gewerbeinspektors einzuholen, und zwar gemäß § 19 der Wahlordnung, falls eine Neuwahl angefochten werden soll oder nach § 93 des B.R.G., wenn es sich darum handelt, einen ungesetzlich zustande gekommenen Betriebsrat durch einen ordnungsgemäß gewählten zu ersetzen.

Zentralverband der Angestellten, Druck-, Schreib- und Buchbindergewerbe. Versammlung am 7. Uhr in den „Rechtlichen Alt-Berlin“, Blumenstr. 10 (nicht Brunnenstraße) — Inhalt: Mitgliederreformierung Freitag 7 Uhr in holländische Festhalle, Kreuz Friedrichstr. 33. — Comité (Anhalt und Großhändler): Mitgliederreformierung Freitag 7 Uhr in den „Rechtlichen Alt-Berlin“, Blumenstr. 10.

Transportarbeiterverband, Chemische Branche. Freitag, 7 Uhr, in Wilkes Festhalle, Erdbeerenstr. 10, sehr wichtige Versammlung: Stellungnahme der Unternehmern zu unserer Lohnforderung, Ueberlegung, Mitgliederbeiträge zur Kontrolle mitbringen. — Jug- und Arbeiterbildung, Montag 7 Uhr im Gewerkschaftshaus, Saal 3, Versammlung, Vortrag des Kollegen Wagon: „Die Großstadtljugend als modernes Ausbeutungsobjekt“. Alle Jugendlichen müssen erscheinen.

Vertrag für den rebalt. Teil: Dr. Werner Vetter, Charlottenburg; Mr. Krugger: Th. Giese, Berlin; Verlag: Vorwärts-Berlin G. m. b. H., Berlin; Druck: Vorwärts-Verlagsgesellschaft, Berlin; Druck: Vorwärts-Verlagsgesellschaft, Berlin; Druck: Vorwärts-Verlagsgesellschaft, Berlin.

**Die Marg'sche Gesellschafts- u. Staatstheorie**  
Von Prof. Heinrich Cunow

Zwei vornehmste, starke Halbleinbände  
Eine auf die neueste Forschung gegründete **großartige marxistische Sozialologie**, wie sie bisher in der Literatur gänzlich fehlte!

Der erste Band liegt bereits vor, der zweite folgt in den nächsten Monaten

Preis des ersten Bandes in Halblein gebunden M. 42,50 und Sortimentzuschlag

**Bestellschein**  
Ich bestelle hiermit — Gesamt  
Cunow: Die Marg'sche Gesellschafts- u. Staatstheorie / 2 Halbleinbände / Preis für den 1. Band M. 42,50 + 20%

Dieses Bestellschein bitten wir auszufüllen und ausgefüllt sowie unterschrieben in drei Exemplaren einzusenden an:  
**Buchhandlung Vorwärts**  
Berlin S.W. 68, Lindenstr. 2

**Glühlampen**  
Halbwattlampen und 5 Watt-Elektro-Inst.-Material fault  
Carl Pöschmann Wll. Bernauer Str. 101  
Fabrikgeb. III.

**Münzen**  
Sammlungen  
kauft: Ball, Berlin, Wilhelmstraße 46/47

**Möbel**  
jeder Art bei kleiner Anzahlung und bequemer Abzahlung  
**Möbelhaus**  
Andreasstr. 28 I.  
Strengste Diskretion.

**Metallbetten**  
Stahlrohrmatrassen, Kinderbetten, Polster an jedermann. Katalog fr. Eisenmöbelfabrik, Suhl in Thür. 88/15

**Metallankaufsstelle**  
Osten, Grüner Weg 24  
zahl! Tagespreise für

**Kupfer, Messing, Blei, Zink etc.**  
**Zinn u. Blei**  
sowie alle Altmetalle kaufen zu Tagespreisen  
**Metallschmelzwerke**  
Waldemarstr. 74.  
Telephon: Moritzplatz 9933

**Adam's Räumungsverkauf**

erfolgt nur 1 x im Jahr, daher versäumen Sie nicht, die günstige Gelegenheit wahrzunehmen  
Wir haben unsere schon bekannt billigen Preise bedeut. ermäßigt bis zu

**50%**

**Tüll - Künstler - Garnituren** 62 50  
2 Flügel, 1 Behang . . . . .

**Erbstüll-Stores** m. Volant, reich gebekurt. . . . . 42 50

**1 Posten Erbstüll** mit Punkt 150 cm br., Mtr. 9 75

**Tüll - Bettdecken** gute Qualität 39 75  
von 39 an

**Gardinen** doppelte Breite . Meter 8 50

**Adam's Gardinen- und Teppich-Haus**  
**56** Frankfurter Allee **56**  
zwischen Kreuzberger- und Mainzer Straße

**Jeder Eisenbahner**  
der vorwärts strebt und nach dem Grundgesetz „Freie Bahn dem Tüchtigen“ sich durch einschlägige Fachliteratur fortbilden will

liest

zur Vervollständigung seiner Berufserkenntnis unsere Kontinental-Fachzeitschrift

**Die Eisenbahnfachschule**  
Antikliches Organ  
des Verbandes Deutscher Eisenbahnfachschulen und technische Zeitschrift für alle Eisenbahner.

Interessante Artikel, lehrreiche Abhandlungen.  
Aus dem Inhalt: Demotrafizierung im Eisenbahnen. — Die Entwicklung der Siemens-Werte. — Neuerungen im Signalwesen. — Lokomotivkessel mit Ueberhitzer. — Wasserstandsangeiger. — Elektrisches Schweißen im Eisenbahnbau. — Der Luftdruck des Barometer. — Die Verwendung von Rührern in Lokomotiv-Fenestrichen. — Der Lokomotivkessel. — Die Telegraphie. — Elektrische Schnellbahnen — und vieles andere mehr.

Bestellpreis direkt vom Verlag unter Kreuzband Mark 4.— pro Vierteljahr, durch die Post bezogen Mark 4.— zuzüglich Mark 0,30 Bestellgeld.  
Verlangen Sie kostenloses Probennummern für Vereine billiger. Für Vereine billiger. Kuerfunkt vorgeschl., wissenschaftliches Institut.

Interesse in der Eisenbahnfachschule haben den größten Erfolg: die Fachliteratur liegt sich nachweisbar aus den Eisenbahnbüchern, sowie ca. 30 000 Exemplare der Eisenbahnfachschule zusammen. In über 100 Schulen im ganzen Reich verbreitet. — Man verlange Probe.

Verlag A. Wesemann, Berlin SW. Kästgräze, Straße 109.  
Tel. Nr. 4015. Verh. Berlin 92475. Telegr. Dienst.

**Gardinen Spezial-Verkauf**  
in Stores, Künstler-, Madras- u. Mullgardinen, Vorhänge, Gardinenstoffe, etc.  
Besonders günstige Gelegenheitskäufe.  
**Franz Funck, Neukölln, Böhmische Str. 10** part. 7.